

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · GEMEINDERATSFRAKTION

Per E-Mail

Herrn
Bürgermeister Grünert
Gemeinde Vechelde
38159 Vechelde

Fraktion im Rat der Gemeinde Vechelde

c/o Claudia Wilke (Fraktionsvorsitzende)
38159 Vechelde

claudia.wilke@gruene-peine.de

Vechelde, 24.11.2025

Antrag zum Haushalt 2026 – Streichung der Haushaltsmittel für den Neubau des Bauhofs Vechelde

Sehr geehrter Herr Grünert,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt folgenden Antrag mit der Bitte um Vorlage in den Ausschüssen Feuerwehr und Ordnung, Finanzen und Wirtschaft sowie Verwaltungsausschuss als auch Gemeinderat.

Der Rat der Gemeinde möge beschließen:

1. Die im Haushalt 2026 veranschlagten 5 Millionen Euro für den Neubau des Bauhofs Vechelde werden für den Haushalt 2026 zurückgestellt. Über die Notwendigkeit und den Zeitpunkt eines Neubaus wird zu einem späteren Zeitpunkt, unter Berücksichtigung der aktuellen Ressourcen- und Personalsituation, erneut beraten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für die Erweiterung und Modernisierung des bestehenden Bauhofstandortes zu erstellen. Dabei sollen insbesondere wirtschaftliche, organisatorische und ökologische Aspekte geprüft sowie Varianten einer schrittweisen Optimierung berücksichtigt werden.

Begründung:

Für die Zukunft sind räumliche Anpassungen beim Bauhof der Gemeinde Vechelde ohne Frage notwendig. Angesichts der aktuellen Haushaltslage und der Vielzahl laufender bzw. noch nicht abgeschlossener Projekte ist es jedoch erforderlich, Investitionen realistisch zu priorisieren und die von der Verwaltung verfügbaren Personalressourcen zu berücksichtigen.

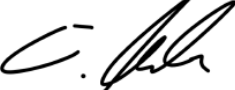
Ein sofortiger Neubau mit einem Investitionsvolumen von rund 5 Millionen Euro erscheint vor diesem Hintergrund weder wirtschaftlich noch zeitlich sinnvoll. Stattdessen sollte geprüft werden, inwieweit der bestehende Bauhofstandort durch Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen an die Anforderungen einer wachsenden Gemeinde angepasst werden kann. Eine Bestandsentwicklung stellt in

der Regel eine deutlich kostengünstigere sowie ökologisch nachhaltigere Alternative zu einem vollständigen Neubau dar.

Hinzu kommt, dass belastbare Entscheidungsgrundlagen zu Varianten, Kosten und baulichen Möglichkeiten bislang nicht vorliegen. Um eine sachgerechte und zukunfts feste Entscheidung treffen zu können, ist es notwendig, zunächst eine fundierte Machbarkeitsstudie zu erstellen. Erst deren Ergebnis sollte Grundlage für den politischen Beschluss über den Umfang und den Zeitpunkt weiterer Maßnahmen sein.

Mit der Zurückstellung des Haushaltsansatzes wird vermieden, dass durch die reine Mittelbereitstellung eine Vorfestlegung erfolgt, ohne dass die erforderlichen Informationen vorliegen. Gleichzeitig werden finanzielle Handlungsspielräume für dringendere und bereits beschlossene Projekte, wie energetische Sanierungen oder Pflichtaufgaben im Bildungsbereich, gewahrt.

Mit freundlichen Grüßen



Claudia Wilke